

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paphs und Radeland

Er scheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
 Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt).
 Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
 Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen ufm. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die festgesetzte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpennig, die dreifache Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpennig.
 Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
 Druck und Verlag: Buchdruckerei Z. Särchen, Baruth (Markt).
 Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, jener für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 1 Sonntag, den 2. Januar 1926

Hindenburg mahnt zur Sparsamkeit.

Der Reichspräsident empfing am Neujahrstage das diplomatische Korps. — Das Hochwasser hat seinen Höchststand erreicht, es ist ein laugames Fallen des Wassers bemerkbar. — Der rumänische Kronprinz verzichtet auf die Thronfolge.

Empfänge bei Hindenburg.

Wie alljährlich zu Neujahr hat der Reichspräsident das diplomatische Korps zum Austausch von Glückwünschen empfangen. Von der Reichsregierung nahmen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichswehrminister Dr. Gessler an dem Empfang teil, während der Reichskanzler Dr. Lütjke erst am 7. Januar nach Berlin zurückkehren wird. Auch die Reichsregierung sowie die Staatssekretäre übermittelten dem Reichspräsidenten ihre Glückwünsche. — Der Reichspräsident jagt in seiner Rede auf die Ansprache des Reichswehrministers Dr. Gessler u. a.: Ich wünsche und hoffe, daß unsere Volksgenossen im Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft, die alle Deutschen umschließt, und im vorwärtsstrebenden zähen Willen der uns immer wieder in die Höhe gebracht hat, dieser Notwendigkeit sich beugen und diesen Geboten leben werden.

Staatliche Notstandsaktion.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ teilt mit: Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben zur Erhaltung der ersten Notwendigkeit durch das Notstands-Hochwasser Geschädigten dem Oberpräsidenten in Koblenz einen Betrag von 500 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Oberpräsident von Koblenz ist mit der Durchführung der notwendigen eingeleiteten staatlichen Notstandsaktion betraut worden.

Das Wohnungswesen.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt Hirtfelder hielt dieser Tage eine Rede über die Wohnungswirtschaft in Preußen, in der er ungefähr folgendes ausführte: Für das Haushaltsjahr 1926 wurden an Hauszinssteuer in Preußen 28 v. H. der Friedensmiete erhoben, die zur einen Hälfte zur Förderung der Neubautätigkeit, zur anderen zur Deckung der durch die dritte Steuernverordnung notwendig gewordenen Ausgaben, insbesondere für die Ausgaben der Wohnungspflege, verwendet werden. Die für die Förderung des Wohnungsbaues verfügbaren 14 v. H. stellen einen Betrag von rund 365 bis 375 Millionen Mark dar. Unter Vornahme der im Vorjahr begonnenen, aber erst im laufenden Baujahr fertiggestellten Neubauten werden im Jahre 1926 gegen 70 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln hergestellt sein. Man hat errechnet, daß zur Erzielung eines einigermaßen normalen Wohnungsmarktes in den nächsten sieben Jahren im Reich insgesamt etwa 1,6 Millionen neue Wohnungen errichtet werden müßten, in Preußen etwa 130 000 bis 150 000. Die genannten Ziffern bedeuten, daß einmal im nächsten Jahre ein neuer Ausfall an Wohnungen entsteht, durch den die Zahl der Wohnunglosen abermals um etwa 100 000 vermehrt wird, daß weiter durch die verminderte Förderung der Neubautätigkeit etwa 30 v. H. der Bauarbeiter beschäftigungslos werden. — Wenn das Wohnungswesen in absehbarer Zeit nicht beseitigt werden kann, so liegt das in der Hauptsache daran, daß die Erträge der Hauszinssteuer zu einem großen Teil nicht für Zwecke des Wohnungsbaues verwendet werden, sondern für allgemeine Staatsausgaben verwendet werden. Die Hauszinssteuer ist an sich schon eine höchst ungerechte, unsoziale Steuer. Sie ist, wenn überhaupt, nur dann tragbar, wenn ihre Eingänge ihrer öffentlichen Bestimmung zugeführt werden. Da das nicht der Fall ist, muß sich der Widerstand gegen diese Steuer um so mehr verstärken, als sonst nichts Nachhaltiges geschieht, um die Wohnungsnot auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Brandenburgischer Provinziallandtag.

Der Oberpräsident hat den neugewählten Brandenburgischen Provinziallandtag zu seiner ersten Sitzung auf Montag, 11. Januar, nach dem Landeshaufe einberufen. Der Oberpräsident wird die Provinziallandtagsangelegenheiten in der Amt einführen. Am 12. Januar sollen die Wahlen zum Provinzialausschuß, zum Preussischen Staatsrat sowie zu den Ausschüssen des Landtages vollzogen werden. Brandenburg entsendet fünf Vertreter in den Staatsrat. Weiter muß auch der Hauszinsauschuß des Provinziallandtages gewählt werden, damit der Voranschlag für die zweite Sitzung des Provinziallandtages vorbereitet werden kann.

Die Ueberschwemmungsgefahr.

Die letzten Meldungen lassen erkennen, daß der Höhepunkt des Hochwassers für den Oberlauf des Rheines überschritten, für den mittleren und unteren Lauf aber noch erreicht sein wird, sofern nicht übermäßig starke Niederschläge dieses Bild wieder verschlechtern sollten. Die Schneeschmelze in der Schweiz, in Schwarzwalde und in den Vogesen geht ihrem Ende entgegen. Nach den letzten Nachrichten ist der Rhein oberhalb Basel im Fallen begriffen. Auch der Neckar und die Saar haben geringeren Wasserstand. Das Hochwasser der Mosel ist zum Stillstand gekommen. Das Hochwasser stürte recht empfindlich den Betrieb der Siebengebirgsbahn und der Rheinfurterbahn. — Das erste Opfer des Hochwassers wurde auf der Höhe von Wesel ein zu Kal fahrendes Schiff der Reederei von Driel. Das Schiff wurde von der starken Strömung gegen den rechten Strompfeiler der Eisenbahnbrücke unterhalb Wesel geworfen, erlitt ein großes Leck und sank nach kurzer Zeit. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Karlsruhe, 30. Dezbr. Gestern morgen rechnete man am Oberrhein mit dem Rückgang des Hochwassers. Im Laufe des feigen Nachmittags und des Abends stieg jedoch das Wasser wieder infolge neuer starker Regenfälle und erreichte heute früh bei Karlsruhe einen Stand von über 7 Meter. Die Schiffbrücke bei Wagram mußte heute früh für den Verkehr nach der Pfalz gesperrt werden. Der Verkehr nach der Südpfalz ist dadurch stark behindert. Heute vormittag wird ein laugames Fallen des Wassers beobachtet. Der Regen hat in der Nacht aufgehört. Die Neckar, sonst ein kleines Nebenflüßchen des Rheins in Mittelbaden, ist zu einem reichenden Strom geworden und hat die Dämme durchbrochen. In den tiefliegenden Dörfern der mittelhochrheinischen Ebene sind die Straßen und Wege unter Wasser gesetzt.

Die infolge des plötzlichen Anstiegs der Temperatur im Harz hervorgerufene Schneeschmelze und das Niedergehen großer Regenmengen haben ein gefährliches Anschwellen aller aus dem Gebirge kommenden Flüsse zur Folge. Besonders ernst ist die Gefahr im Oertal, wo mehrere Fabriken eilig geräumt werden mußten. Der riesig angeschwollene Fluß hat mehrere Brücken fortgerissen, so daß der Verkehr stark ins Stocken geraten ist. Die Feuerwehren mehrerer Ortschaften sind feierhaft bemüht, die arg gefährdete Einwohnerlichkeit des Industrieortes Oer vor dem Hochwasser zu schützen.

Die Hochwasserkatastrophe. Neuwied, 31. Dezbr. Der Höchststand des Hochwassers von 1924 ist hier bereits fast überschritten, und die Flut nähert sich dem Stande desjenigen von 1920. Die Lage ist trostlos. In großen Teilen der Stadt steht das Wasser bereits im ersten Stock. Auf dem Eisen- und Blechwerkwerk Rassefelsen im Wiedtals ist durch Staudruck des Rheines das Martinwerk vollständig unter Wasser gesetzt, so daß zahlreiche Arbeiter beschäftigungslos geworden sind. Mit den übrigen, infolge des Hochwassers erfolgten Entlassungen ist bis jetzt die Zahl der Erwerbslosen im Kreise Neuwied auf 6500 gestiegen, das heißt auf 6 1/2 Prozent der Bevölkerung des Kreises, wozu noch eine große Zahl von Nebenunterstützungsempfängern kommt, so daß sich die Zahl der Unterstützungsempfänger auf insgesamt über 20 000 stellen dürfte. Das ist etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Kreises. Durch das Hochwasser allein sind nach Mitteilung der Kreisverwaltung bisher über 3000 Personen erwerbslos geworden. — Bei Flut ist heute vormittag ein großer Dammrutsch erfolgt. Unterhalb der Weidbrücke ist in einer Länge von 150 Metern der Eisenbahnstamm vom Rheinstrom unterwühlt und heruntergerückt. — Während vom Oberrhein und von der Mosel ein Fallen des Wassers gemeldet wird, sind die Fluten des Mittel- und Niederrheines noch nicht zum Stillstand gelangt. An der Saar, Sauer und Oberrhein hat das Wasser schimmig gehaut, da die Leute auf das plötzliche eintretende Steigen der Flüsse nicht vorbereitet waren. Ganze Ställe, teilweise mit Vieh, sind abgetrieben worden. Der ganze Tafelberg bei Gharg hat sich in einen riesigen See verandelt. — Die Gertaltperre ist infolge des enormen Wasserzuflusses übergegangen und hat die Flut in einen reichenden Strom verandelt, der die Uferländer zum Teil auf weite Strecken überflutete.

Stettin. Der ankommende Regen und die damit verbundene Schneeschmelze hat auch in Pommern dießmal gefährliche Ueberschwemmungen zur Folge. Besonders in Borphommern steigen die Flüsse. In Strohentbin brachen drei Wohnhäuser infolge Unterspülung in sich zusammen.

Deichbruch in Holland.

Amsterdam, 1. Jan. Berichten aus Grave zufolge ist am Gelderschen Ufer der Maas zwischen den Orten Nieder-Affekt und Grave der Deich auf einer 200 Meter langen

Strecke vom Hochwasser durchbrochen worden. Das Wasser füllte das Dorf Ober-Affekt unter Wasser. Die Bewohner mußten unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe flüchten. Köln, 1. Jan. Nach den letzten Wasserstandsberichten fällt der Oberrhein langsam, die Mosel bei Trier sogar flüchtig um 6 Zentimeter.

Katastrophen in Ungarn.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet im Bezirk Komitat treffen erschütternde Meldungen ein. Der Sachschaden beträgt allein in der Umgebung von Dejts mehr als 100 Millionen Kronen. Hier sind namentlich die Häuser eingegriffen, die nacheinander unter fürchterlichem Getöse einstürzten. Tausende von Hausflüchtlingen sind in den Fluten umgekommen. Die ganze Gegend bietet ein schauerliches Bild. Es werden zahlreiche Todesfälle bekannt. Die Bewohner erzählen, daß sie kaum einige Minuten Zeit hatten, ihre Familienmitglieder zusammenzurufen und auf Bäume oder Dächer zu flüchten. Auch aus Siebenbürgen werden große Verheerungen gemeldet. Die Zahl der Todesopfer ist dort besonders groß.

„Müßkehr zum Vaterland“, des Saargebietes Neujahrsgruß.

Saarbrücken, 31. Dezbr. In ihrem Neujahrartikel bezeichnet es die Saarbrücker Landeszeitung als widerfünftig und gegen alle politische Logik gerichtet, wollte man nach Locarno die saarländische Frage als einen wahrscheinlichen Grund neuer deutlicher Zugeständnisse offen lassen. Das liege weder im deutschen noch im französischen Interesse. Frankreich wolle, das es politisch im Saargebiet nichts mehr zu holen habe, und auch der Besitz der Saargruben wächse sich allmählich zu einer wirtschaftlichen Belastung für Frankreich aus; ebenso die Einführung des französischen Franc, die, mit der Inflation steigend, den wachsenden Bedarf an französischen Noten hervorgerufen hat. Es liegt daher an Frankreich, zur Liquidierung des Saargebietes die noble Geste zu tun, die seinem politischen Prestige am zuträglichsten sei. Wenn es Frankreich durchaus aber nicht anders wolle, so könne das Saargebiet noch 9 Jahre warten; „aber wir garantieren“, so fährt das Blatt fort, „Frankreich wird dann im Jahre 1935 einen 99prozentigen Meißfall erleben, wie bei der Jahrtausendfeier, ohne die gewünschte Müßkehr auf sein Prestige.“ — Die Saarbrücker Zeitung rühmt dem französischen Präsidenten der Regierungskommission Kautz, der im März k. J. sein Amt bekanntlich niederlegt, das Verdienst nach, daß die Herzen aller Saardeutschen wie nie vorher für das deutsche Vaterland erglühn. Die Saarbedrückung hat heute nur einen Wunsch: Müßkehr zum Vaterland! Die große und erhebende saarländische Jahrtausendfeier, an der sich ausnahmslos die ganze deutsche Bevölkerung beteiligte, sei die Antwort auf den Schwindel der 150 000 Saarfrenzen gewesen. Das Blatt gibt schließlich der Erwartung Ausdruck, daß es nach Locarno und nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Saargebiet anders werde.

Dr. Edeners Rede in Stuttgart.

Stuttgart, 30. Dezbr. Gestern abend fand hier zur Entgegennahme des vorläufigen Ergebnisses der Zepfelinische eine Sitzung statt, an der auch Dr. Edener teilnahm. Der Vorsitzende der Sammlung für Württemberg teilte mit, daß dort bisher 188 088,36 Mark eingegangen sind und das zweifelhafte 200 000 erreicht werden, da noch das Ergebnis in verschiedenen Gemeinden aussteht. Dr. Edener schilderte dann die Schwierigkeiten, die der Sammlung begegnen. Die Rede Dr. Edeners im Hause des Deutschums war schärfste Abrechnung mit der preussischen Regierung. Auf Grund des bisherigen Ertrages der Sammlung wird mit dem Bau eines neuen Zepfelinischiffes in Friedrichshafen noch im Frühjahr begonnen. Es steht noch nicht fest, was gebaut wird, da ja noch nicht bekannt sei, ob uns die Entente das 100 000 Lomen-Schiff gestattet. Es sei aber nach dem Gang der Verhandlungen und nach den letzten Nachrichten, die Dr. Edener aus Paris erhalten hat, zu hoffen, daß die Einschränkungbestimmungen fallen. Der Bau wird begonnen, wie Dr. Edener betonte. Denn es gäbe tausend Teile am Luftschiff, die sich gleich stellen, ob es sich um ein 100 000 Lomen-Schiff oder um ein Schul- oder Berufschiff handele. Jedenfalls könne das Personal jetzt zwei Monate lang beschäftigt werden. Die Reichsregierung habe im Laufe der Sammlung ihre Bedenken ausgeprochen. Die preussische Regierung habe sie zunächst für Preußen einfach verboten. Das Verhalten der preussischen Regierung sei, so fügte Dr. Edener mit erhobener Stimme hinzu, ein Frevel an der Seele unserer Kinder, die etwas brauchen, für das sie sich begeistert einsetzen können und die, wie er in seiner